

Protokoll der 110. ordentlichen Delegiertenversammlung BLVK

Mittwoch, 21. Mai 2008, 8³⁰ im Rathaussaal Bern

Vorsitz:	Präsident Jürg Boss
Protokoll:	Sekretär Jörg Fritschi
Anwesend:	70 Delegierte 9 Mitglieder der Verwaltungskommission Heil Luzius, Direktor der BLVK Kaufmann Christian, Vizedirektor der BLVK Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der BLVK
Gäste:	Gsteiger Brigitte, Geschäftsführerin LEBE Hofstetter Margot, Erziehungsdirektion, Bern Seiler Roland, Präsident BSPV, Bern
Entschuldigungen:	Gatti Martin, Präsident LEBE Müller Hans, Del. WK Seeland Keller Albert, VK
Übersetzer:	Piller Sulpice, Konferenzdolmetscher, Bern
Medien:	Berner Schule: Gerber Michael Berner Zeitung: Schäfer Fabian Schweiz. Depeschagentur: Franziska Linder Medienzentrum/Langenthaler Tagblatt: Bruno Utz SR DRS RegiBern: Matthias Baumer

RR = Regierungsrat VK = Verwaltungskommission BLVK WK = Wahlkreis
GR = Grossrat DV = Delegiertenversammlung BLVK

Verhandlungen

1. Eröffnung

Präsident Jürg Boss begrüsst die Mitglieder der VK, die Direktion und die Mitarbeitenden der Verwaltung, Finanzdirektor Regierungspräsident Urs Gasche und die Vertreter der Medien und alle Anwesenden und eröffnet die 110. Delegiertenversammlung der BLVK pünktlich um 8³⁰.

Es sind 70 der 72 Delegierten anwesend, die DV ist beschlussfähig. Absolutes Mehr: 36
Die Unterlagen sind allen Delegierten reglementsgemäss am 31. März 2008 zugestellt worden.

Traktandum 7 Futura wird vorgezogen, damit Herr RR Gasche nachher wieder an der Sitzung des RR teilnehmen kann. (siehe dort)

2. Wahl der Stimmenzählenden

Als Stimmenzähler werden gewählt: Heinz Rutschi, Werner Friedrich und Hans Bangerter.

3. Protokoll der 109. o. Delegiertenversammlung vom 16. Mai 2007

Das Protokoll wird einstimmig genehmigt.

Der Präsident dankt dem Sekretär Markus Schneiter für die sorgfältige und gewissenhafte Protokollführung.

4. Wahl einer Sekretärin oder eines Sekretärs der Delegiertenversammlung

Als Ersatz für den zurückgetretenen Adrian Fischer ist vorgeschlagen: Jörg Fritschi.
Er wird einstimmig gewählt.

5. Entschädigungsregelung für die Wahlkreise

5.1 Antrag Büro DV und Diskussion

Ueli Fricker, WK BLVK und angeschlossene Institutionen erläutert die vom Büro der DV beantragten Änderungen:

- Es sind dies - Spesenumlagerung im Büro (bedingt durch neuen Lohnausweis)
- Alimentierung der Wahlkreise für ihre Versammlungen

5.2 Abstimmung

Die Zustimmung zum Antrag erfolgt einstimmig und ohne Diskussion.

6. Verantwortlichkeitsklage

6.1 Antrag Büro DV und Diskussion

Heinz Rutschi, WK Emmental erläutert den Antrag.

Mit 68 zu 2 Stimmen wird beschlossen, auf das Geschäft zurückzukommen.

Eine Diskussion zur Sache wird nicht gewünscht.

6.2 Beschlussfassung über Abschreibung oder Aufrechterhaltung der Forderung nach einer Verantwortlichkeitsklage

Abstimmung

Mit 58 zu 10 Stimmen wird beschlossen, die Forderung nach einer Verantwortlichkeitsklage abzuschreiben.

7. Futura

In seiner Grussbotschaft informiert der *Finanzdirektor Regierungspräsident Urs Gasche* zum Arbeitsstand und zum weiteren Vorgehen im Projekt FUTURA.

Der Grosse Rat hat mit mehreren Planungserklärungen verlangt:

- Es seien zwei Modelle vertieft auszuarbeiten, darunter eines mit Verdiensterhöhungsbeiträgen.
- Die Höhe der ordentlichen Beiträge seien gestaffelt nach Alter auszugestalten.
- Eine nach Alter und Beitragsjahren differenzierte Übergangslösung solle erarbeitet werden.

Zur Unterdeckung der BLVK äusserte er sich wie folgt:

- Es seien Vorschläge zur Problemlösung zu erarbeiten.
- Es sei die finanzpolitische Machbarkeit für die ganze oder teilweise Ausfinanzierung der Unterdeckung bzw. als Variante die Verzinsung der Deckungslücke mit 4 % zu prüfen.
- Die Lehrkräfte seien nicht über die bisherigen Sanierungsbeiträge hinaus zu belasten.

Mit Hinweis auf die regierungsrätliche Antwort betr. Ausfinanzierung im Jahre 2000 empfiehlt er keine rückwärtsgerichteten Auseinandersetzungen mehr zu führen sondern zukunftsgerichtet zu arbeiten.

- Als terminliches Ziel wird angestrebt, eine Gesetzesvorlage zum Primatwechsel bis Ende 2009 dem Grossen Rat vorzulegen.
- Eine Fusion von BLVK und BPK soll nicht Gegenstand dieser Arbeiten sein.

Vorgesehen sind:

- Eine Gesamtprojektleitung mit Einbezug der Leitungs- und Fachorgane von BLVK und BPK (paritätisch)
- Eine Expertenkommission plausibilisiert und beurteilt die erarbeiteten Grundlagen sporadisch zuhanden der Gesamtprojektleitung
- Ein Projektteam erarbeitet Diskussions- und Entscheidungsgrundlagen

Zeitlich sieht eine erste Planungsskizze die Redaktion der Gesetzgebungsunterlagen bis März 2009 und die Beratung im GR ab Frühjahr 2010 vor. Ein allfälliger Systemwechsel könnte wohl frühestens im Januar 2012 erfolgen. Alle diese Angaben sind bis zu den entsprechenden Beschlüssen des RR unverbindlich.

8. Ausfinanzierung

Präsident Jürg Boss orientiert: Die Delegiertenversammlung vom 16.5.2006 bestätigte einstimmig die Forderung der DV von 2004, von der VK zu verlangen, den durch die Auflösung der Langlebigkeitsreserve entstandene Verlust von 387 Mio. Fr. beim Kanton geltend zu machen. Die VK habe der DV bis spätestens Ende Januar 2008 Bericht zu erstatten. Dies erfolgte mit Schreiben der VK vom 27.2.2008. Der RR wurde um Stellungnahme gebeten. In seiner Antwort Nr. 1785 vom 24.10.2007 stellt er fest, die Ausfinanzierung sei juristisch gesehen korrekt erfolgt. So sieht er weder Möglichkeiten noch einen Anlass dazu, auf die Ausfinanzierung zurückzukommen. Deshalb hat auch die VK keine erfolgsversprechenden Handlungsmöglichkeiten mehr.

Diese Antwort ist für die DV unbefriedigend.

Das Büro der DV erwartet nun von der VK, dass diese in der Planungsphase der 2 vom GR verlangten Modelle zum Primatwechsel die Interessen der BLVK mit Geschick und Nachdruck vertritt. Eine vorgezogene Sanierung der Kasse ist unumgänglich.

Ein Primatwechsel bedingt eine grosszügige Übergangsregelung, den Ausgleich der Unterdeckung und die Schaffung von Währungsschwankungsreserven. Eine energische Interessenvertretung erwarten wir auch von den Berufsverbänden LEBE, BSPV und VPOD.

8.1 Stellungnahme der VK

VK-Präsident Hans Rudolf Blatti hat den vorstehenden Ausführungen nichts beizufügen.

8.2 Diskussion

Franz Kieliger, WK Oberland-Nord bleibt bei der Ansicht, dass die Ausfinanzierung seinerzeit nicht richtig berechnet worden ist. Wir sollten aber unsere Kräfte bündeln, um auf eine künftige gute Lösung hin zu arbeiten.

Stefan Wacker, WK Oberaargau: Wir sollten Vergangenes begraben und in die Zukunft blicken. Ich weiss, es gibt Leute, die sind verantwortlich. Aber wir haben keine Chance. Nach RR Gasche wird eine neue Lösung frühestens 2012 realisiert. Dies bedeutet, dass die Versicherten auf unbestimmte Zeit weiter Sanierungsbeiträge leisten und auf eine teuerungsbedingte Anpassung ihrer Renten verzichten müssen.

In den nächsten Lohnverhandlungen muss LEBE dringend diese Tatsachen berücksichtigen.

Wir fordern eine vorgezogene Sanierung der BLVK!

Urs Baumann, WK Oberland Nord: Der RR hat Zeichen gesetzt, den Lehrpersonen Goodwill entgegenzubringen. Er möchte aus Einsicht den politischen Entscheid so stehen lassen und schauen, was dabei herauskommt.

Hans Bangarter, WK Seeland: Nach dem ganzen Aufwand, der in diesem Kanton mit der PUK betrieben worden ist bin ich dagegen, dass für alles was bisher geschehen ist, plötzlich niemand mehr verantwortlich sein soll.

- Die Puk war der Auffassung, der Leiter der Finanzkontrolle müsste eigentlich die Konsequenzen ziehen. Dies wurde vom RR nicht durchgesetzt. Dadurch erübrigten sich verwaltungsinterne Untersuchungen im Zusammenhang mit der Ausfinanzierung.
- Ähnlich erging es mit dem PUK-Bericht Seite 292 betr. Schadenersatzforderungen gegenüber AON Chuard. Die PUK empfiehlt der BLVK gegen die AON Chuard vorzugehen und geht von einer 10-jährigen Verjährungsfrist aus.
- Der Experte hat 1998 eine Finanzierungsreserve ausgewiesen, obwohl die BLVK eine Finanzierungslücke aufwies.

Urs Senften, WK Bern-Nord sieht zwei Wege:

- Entweder erfolgt die Sanierung jetzt oder
- es werden zwei wirklich gleichwertige Modelle erarbeitet, von denen keines ein Sparmodell ist. Wenn der Fehlbetrag eingeschossen wird plus dringend notwendige Währungsschwankungsreserven, kann ein Modell mit mehr Eigenverantwortung problemlos verstanden werden. Er hat den Wunsch, dass die vorberatende Kommission zwei Modelle erarbeitet, in die die Kasse ohne Unterdeckung übergeführt werden könnte.

Rolf Stähli, WK Oberland-Süd und *Markus Schreiber, WK Emmental* plädieren dafür, dass die Forderung nach Ausfinanzierung nicht abgeschrieben wird, zumal der Antrag der Arbeitsgruppe an der DV 2007 mit 65:0 Stimmen gutgeheissen worden ist..

Darauf erklärt *Präsident Jürg Boss*, dass das Büro heute keinen Antrag auf Abschreibung stellt. Das Thema Ausfinanzierung steht nicht zur Abstimmung.

8.3 Anträge aus den Wahlkreisen

8.3.1 Antrag Bern Stadt betr. Ausfinanzierung und Wertschwankungsreserven

Beat Müller, WK Bern-Stadt stellt den Antrag vor. Die künftigen Leistungen der Pensionskasse sollen für alle Altersgruppen nicht sinken.

Rico Bergamin, WK Bern-Stadt erklärt als Ziel, dass das Thema Ausfinanzierung weiter pendent bleiben soll.

Vizepräsident Francis Baour, WK Jura-bernois, macht darauf aufmerksam, dass Herr Gasche wohl wie seinerzeit Herr Annoni Versprechungen machen kann. Wenn er sie nicht halten kann, ist es nicht sein Fehler. Im Kanton Bern macht immer noch der GR die Gesetze, nicht der RR.

Ueli Bichsel, WK Bern-Stadt lehnte an der Wahlkreisversammlung Bern Stadt als einziger Teilnehmer diesen Antrag ab, weil die darin enthaltenen Forderungen gemäss Jahresbericht BLVK per Ende 2007 fast 2 Mia Fr. ausmachen. Als Bürger hält er es als unverantwortbar, einen solchen Betrag vom Steuerzahler zu verlangen.

Francis Baour versteht nicht, warum wir auf dem Buckel der Lehrkräfte Steuern sparen sollen. Wir arbeiten für den Kanton, nicht er für uns!

Renate Hofer, WK Oberland-Nord dankt Rico Bergamin für seine klärende Antwort und unterstützt im Namen der gesamten Sektion Oberland Nord den vorliegenden Antrag.

Abstimmung

Der Antrag wird grossmehrheitlich mit 3 Gegenstimmen angenommen.

8.3.2 Antrag Bern Stadt betr. Vertretung der DV in der neuen Projektorganisation Futura

Beat Müller, WK Bern-Stadt erläutert den Antrag: Wir wollen mitdenken, mitsprechen und unsere Anliegen einbringen.

Abstimmung

Der Antrag wird diskussionslos einstimmig gutgeheissen.

Präsident Jürg Boss sichert zu, dass dieser Antrag schriftlich Herrn Regierungspräsident Gasche zugestellt werden wird.

8.3.3 Forderung Jura bernois (1^e requête):

Thierry Porée, WK Jura-bernois erläutert: Die DV soll unsere Absichten und Einwände vorbringen können.

Abstimmung

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

8.3.4 Resolution Wahlkreis Seeland

Heinz Burri, WK Seeland stellt die Resolution als interregionalen Vorschlag dar, der im Wahlkreis Seeland noch kurzfristig überarbeitet worden ist.

Altlasten werden nicht saniert, indem man einfach Gras darüber wachsen lässt. Auf solchem Boden aufzubauen, ist unverantwortlich.

Hans Bangerter, WK Seeland mahnt: Nach Jahren der Frustration und des Unverständnisses über die Resultate aus dem BLVK-Debakel muss jetzt etwas geschehen und nicht erst nach der DV 2009.

Er kommentiert die Resolution kurz:

zu Pt. 1: Nur eine ausfinanzierte Kasse darf einen Primatwechsel vollziehen.

zu Pt. 2+3: Ein allfälliger Wechsel muss für alle Beteiligten weich abgedeckt sein.

Falls kein Primatwechsel vollzogen wird, ist eine Ausfinanzierung trotzdem nötig.

zu Pt. 4: Alle Involvierten müssen in den Verhandlungen angemessen vertreten sein.

zu Pt. 5: Ein neues Rahmengesetz muss schlank und für beide Kassen anwendbar sein.

zu Pt. 6: Ein ev. Zusammenschluss könnte für beide Kassen ein Vorteil sein.

Setzen wir jetzt ein Zeichen für die Zukunft von FUTURA, wenn das Eisen noch heiss ist!

Er empfiehlt Annahme der Resolution.

Renate Hofer, WK Oberland-Nord ist wie weitere Votanten der Meinung, es brauche klarere Formulierungen im Sinne einer Resolution, etwa „Wir stellen fest, dass...“.

Stefan Wacker, WK Oberaargau findet die Resolution absolut zukunftsgerichtet. So wird die Ausfinanzierung zur vorzeitigen Finanzierung, damit die Kasse für die Zukunft gewappnet ist.

Christine Haldimann, WK Oberaargau hat Herrn RR Gasche auch gut zugehört. Er will uns gewissermassen Angst machen. Wir sollen uns still halten und keine Forderungen stellen. Dies ist eine ganz schlechte Taktik.

Wir müssen Forderungen stellen, selbstbewusst sein und sagen: „Das wollen wir, das steht uns zu. Und die Zeit dazu ist ja günstig, wenn Lehrermangel naht!?“

Ueli Bichsel, WK Bern-Stadt kann es nicht verantworten, vom Staat 2 Mia. zu verlangen.

Vizepräsident Francis Baour hat Mühe, auf Forderungen zu verzichten, nur um die Steuerrechnung des Kantons zu schonen. Heute sind die bernischen Lehrkräfte im Vergleich zu den umliegenden Kantonen nicht mehr die Bestbezahlten (z.B. Jura und Neuenburg).

Wir arbeiten nicht für uns, sondern für die Zukunft des Kantons. Wenn dieser Kanton gute Lehrer will, muss er sie auch entsprechend bezahlen und ihnen eine gute Pension sichern.

VK Arbeitgebervertreter Dr. jur. Stefan Müller versucht eine neutrale Beurteilung der Resolution. Er ist Generalsekretär der Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion und hält fest:

- Die DV darf eine Resolution verabschieden.
- **Resolution** ist kein geschützter Titel. Es gibt keine Einschränkungen bezüglich Inhalt.

Er gibt uns aber zu bedenken:

Wir müssen uns als Delegierte bewusst sein, was wir auslösen. Sind wir bereit, hinter allen 6 Forderungen zu stehen?

An zwei Beispielen zeigt er mögliche Folgen auf:

- Verlangen wir explizit bei einem Primatwechsel ein Modell mit Einbau von Lohnerhöhungen, legen wir uns darauf fest, ohne andere Modelle zu kennen und deren Vor- und Nachteile beurteilen zu können.
- Zur Forderung nach Fusion mit der BLVK:
Kein Mensch weiss, wie eine fusionierte Kasse aussehen würde. Eine solche Forderung könnte uns gegenüber der BPK eher in Nachteil versetzen.

Wir müssen uns nicht Gedanken machen über die Form der Resolution, sondern über den Inhalt jedes einzelnen Punktes.

Hermann Büchler, WK Seeland gibt folgende Erklärung ab: Die Resolution wurde an der Wahlkreisversammlung Seeland einstimmig verabschiedet. Er macht den Vorschlag, die Resolution jetzt zu genehmigen und anschliessend durch das Büro redaktionell überarbeiten zu lassen.

Rolf Stähli, Oberland-Süd: Wir können das Jetzt und das Zukünftige beeinflussen. Wenn wir immer nur die Lieben und die Umgänglichen sind, bleiben wir Spielbälle der Politiker. Wir müssen denken was sein könnte und dabei nicht vergessen, was war. Er findet, die Resolution sei zu kurzfristig entstanden.

Der Präsident schliesst die Diskussion und erklärt, dass wir auf Vorschlag von Hermann Büchler über jeden einzelnen Punkt und anschliessend über die ganze Resolution abstimmen werden. Wenn wir die Resolution ablehnen, vergeht wieder ein Jahr!

Abstimmung über die einzelnen Punkte der Resolution:

- | | |
|-------|---|
| Pt. 1 | Mit 53 zu 8 Stimmen bei einigen Enthaltungen angenommen. |
| Pt. 2 | Wird grossmehrheitlich mit 1 Gegenstimme angenommen. |
| Pt. 3 | Grossmehrheitlich mit 5 Gegenstimmen wird Streichung beschlossen. |
| Pt. 4 | Wird grossmehrheitlich mit 1 Gegenstimme angenommen. |
| Pt. 5 | Mit fast allen gegen 9 Stimmen angenommen |
| Pt. 6 | Es stimmen fast alle gegen 8 für die Streichung dieses Punktes. |

Schlussabstimmung

Mit grossem Mehr gegen zwei Stimmen wird beschlossen, die Resolution mit den Punkten 1,2,4 und 5 anzunehmen und durch das Büro redaktionell und formell überarbeiten zu lassen. (siehe Anhang)

9. Anträge

9.1 Antrag Bern Süd betr. Information der Mitglieder durch die Direktion BLVK

Eintreten wird nicht bestritten, Diskussion nicht gewünscht.

Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

9.2 Forderung Jura bernois (2^e requête): Drohender Kaufkraftverlust.

Thierry Porée zeigt eine Grafik die zeigt, dass im Laufe von etwa 20 Jahren der Kaufkraftverlust einer nichtindexierten Rente um ca. 50% abnimmt. Die Forderung richtet sich an die VK, die geeignete Vorschläge erarbeiten soll.

Eintreten ist unbestritten

Diskussion

Rico Bergamin, WK Bern-Stadt unterstützt diesen Antrag.

Die Sicherung der Renten ist eine langfristige Angelegenheit. Im Futurabericht war immer nur die Rede von den Aktiven. Das Ganze wurde nie in einem Gesamtzusammenhang gesehen.

Bei einer Umstellung auf das Beitragsprimat wird die gesamte Finanzierung der Kasse zur Diskussion gestellt. Dabei muss auch geprüft werden, wie man die Finanzierung der Renten auch im Hinblick auf eine grössere Teuerung gewährleisten kann.

In anderen Kantonen z.B im Kt. Baselstadt ist dieses Problem diskutiert worden.

Abstimmung

Der Antrag wird grossmehrheitlich mit 2 Gegenstimmen angenommen.

10. Berichterstattungen

10.1 VK und Direktion

VK-Präsident Hans Rudolf Blatti teilt mit, dass die Anträge im Rahmen des Rückblicks auf die DV an der nächsten VK-Sitzung vom 28.Mai behandelt werden. Er stellt eine schriftliche Information über den weiteren Verlauf der Anträge in Aussicht.

Der Sanierungsprozess wurde leider durch die aktuelle Börsenlage gebremst.

Die freiwilligen Weiterversicherungsmöglichkeiten wurden verbessert. Durch die Einführung des Drehtürprinzips können bei Änderungen des versicherten Verdienstes oder des Beschäftigungsgrades für die Versicherten keine Verluste mehr entstehen.

Die Toleranzregelung kann um weitere 2 Jahre verlängert werden. Geprüft werden noch folgende zwei Möglichkeiten:

- das Kapital auf dem individuellen Sparkonto soll in eine Rente umgewandelt werden können.
- Rentenkürzungen bei vorzeitigem Austritt sollten durch die individuelle Einzahlung des nötigen Kapitals zur Vollrente ausgeglichen werden können.

Das Teilliquidationsreglement wurde auf Ende 2007 gemäss Bundesgesetz in Kraft gesetzt. Bei einer Kasse in Unterdeckung erhalten die Versicherten bei Austritt nicht die volle Freizügigkeitsleistung. Eine angeschlossene Institution und die ED haben gegen die entsprechende Bestimmung in unserem Reglement Beschwerde geführt. Die VK ist der Ansicht, dass das Teilliquidationsreglement keiner Genehmigung durch den RR bedarf. Der hängige Rechtsstreit wird vom Bundesverwaltungsgericht entschieden werden. Das Präsidium in der VK wird ab 1.6.2008 reglementsgemäss an Markus Dübendorfer übergehen, Hans Rudolf Blatti wird Vizepräsident.

BLVK-Direktor Luzius Heil gibt Einblick in operative Geschäftstätigkeiten.

In den letzten 12 Monaten konnten die Pendenzen massiv abgebaut werden: 800 Rückabwicklungen und 12'000 Semesterverarbeitungen (z.T. ab 2005!) sind erledigt und 4000 Dossiers wurden bereinigt.

Anfang Juli sollen ca. 80% aller Versicherten einen Vorsorgeausweis erhalten, der Rest etwa Ende Oktober.

Alle Mitarbeitenden der Kasse werden künftig alle Geschäftsvorfälle bearbeiten können. So sollten alle Versicherten etwa ab 2009 persönliche SachbearbeiterInnen erhalten.

Nach den Sommerferien wird eine weitere Ausgabe von NEXUS erscheinen.

Vizedirektor Christian Kaufmann orientiert über den Projektstand des neuen Verwaltungssystems und dessen Einführung.

Beschafft wurde eine Standardsoftware der Firma PK Softech AG Basel. Diese Software ist sowohl für das Leistungs- wie für das Beitragsprimat geeignet. Die Einführung des neuen Systems ist für die aktiv Versicherten auf Anfang August 2008 vorgesehen. Die Rentnermigration ist auf den 1. Januar 2009 geplant.

10.2 Zusammenarbeit mit der CGAS

Die Orientierung dazu erfolgte schriftlich.

Hermann Bächler, WK Seeland bemerkt: Die VK wurde vor drei Jahren von der DV aufgefordert, Nachhaltigkeit, Ethik und Corporate Governance mit zu berücksichtigen. Er hat den Eindruck, dass unsere Aktionärsrechte aktiv wahrgenommen werden. Zu Nachhaltigkeit und Ethik sind nur zaghafte Tendenzen erkennbar. Deshalb bittet er den Anlageausschuss, diese Linie weiterzuverfolgen.

10.3 Anlagetätigkeit

Anlagechef Theodor Tillmann orientiert: Die Subprimekrise machte sich bemerkbar. Der Tiefpunkt wurde im November erreicht.

Die Strategie wurde sehr nahe verfolgt. Im Geschäftsbericht wurde eine Rendite von 1.17% ausgewiesen, was unter der Sollrendite von ca. 3.7% liegt. Verluste wurden vor allem auf den Immobilien Ausland eingefahren.

Die Gegenwärtige Marktentwicklung lässt noch keine Freude aufkommen. Alle direkten Immobilien ausser unserem Geschäftshaus wurden an die Anlagestiftung der Swisskanto gegen Anteile verkauft.

Er beantwortet die Frage „Was haben Kassen, die eine höhere Performance ausgewiesen haben besser gemacht als wir?“ so:

Dies hängt immer von der Anlagestrategie ab. Unser Aktienanteil beträgt nur 26%. Die Auslandaktien waren für uns im letzten Jahr gut. Kassen mit grösserem Aktienanteil haben entsprechend höhere Renditen gehabt.

Direktor Luzius Heil beantwortet eine Frage von *Francis Baour* betr. repräsentative Umfrage zur Zufriedenheit der Versicherten mit der BLVK:

Es werden etwa 1'000-1'500 Personen einbezogen. Eine prozentuale Auswertung nach Muttersprache wird zugesichert.

11. Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2007

Der Bericht der Kontrollstelle und des anerkannten Experten für berufliche Vorsorge wird diskussionslos zur Kenntnis genommen.

12. Verschiedenes, Orientierungen

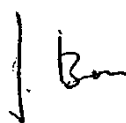
Präsident Jürg Boss: Die Fortbildung im letzten Herbst war gut besucht und wurde durchwegs positiv beurteilt. Es wird voraussichtlich auch diesen Herbst etwas in dieser Richtung stattfinden.

Die nächste DV wird am 20. Mai 2009 wieder im Rathaussaal Bern durchgeführt werden.

Da keine Wortmeldungen mehr erfolgen, dankt Jürg Boss den Mitgliedern des Büros der DV, der VK, der Direktion, Frau Stähli und der gesamten Verwaltung für ihre geschätzte Mitarbeit. Der Dank geht auch an die Delegierten für den Einsatz zum Wohl der Kasse und der Versicherten.

Schluss der Versammlung: 11.50 Uhr.

Namens der Delegiertenversammlung
der Bernischen Lehrerversicherungskasse
Der Präsident: Der Sekretär:



Jürg Boss



J. Fritschi

Delegiertenversammlung BLVK vom 21. Mai 2008

RESOLUTION

Die Delegiertenversammlung BLVK stellt fest, dass ...

- ... der Regierungsrat, die Berufsverbände und die Versicherungsexperten sich gegen das vorgelegte Projekt FUTURA ausgesprochen haben,
- ... der Grosse Rat eingeräumt hat, dass 200 Millionen Franken für die Finanzierung einer fairen Übergangsregelung bei weitem nicht ausreichen und
- ... die Versicherten der BLVK bisher einschneidende Sanierungsmassnahmen mitgetragen haben und nach wie vor mittragen

und richtet die folgenden Forderungen an den Regierungsrat und den Grossen Rat des Kantons Bern:

1. Die Delegiertenversammlung verlangt die vollständige Ausfinanzierung der BLVK inklusive der nötigen Wertschwankungsreserven. Diese Ausfinanzierung ist die Vorbedingung für eine Umstellung auf das Beitragsprimat.
2. Bei einem allfälligen Primatwechsel beharrt die Delegiertenversammlung auf personalverträglichen Übergangsregelungen im Sinne einer Besitzstandswahrung für alle Alterskategorien.
3. Die Delegiertenversammlung verlangt eine angemessene Vertretung aus ihren Reihen in der neuen Projektorganisation FUTURA. Der neue Gesetzesentwurf muss der DV BLVK zur Vernehmlassung unterbreitet werden.
4. Die Delegiertenversammlung verlangt ein für beide Kassen (BLVK und BPK) gültiges Rahmengesetz.

Beschlossen von der Delegiertenversammlung der BLVK am 21. Mai 2008 mit grossem Mehr gegen 2 Stimmen.